

Stratthaus fordert leistungsabhängige Bezahlung für Beamte – Höchstens acht Prozent des Gehalts

Mehr Geld für Lehrer in Brennpunkten

Von Peter Reinhardt

Erstmals hat Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) seine Pläne für Leistungsanreize in der Lehrerbesoldung aufgedeckt. Einen Bonus kann er sich für Hauptschullehrer an Brennpunkt-Schulen vorstellen. Das Extrageld will Stratthaus durch Einschnitte an anderer Stelle der Besoldung hereinholen – wo bleibt offen.

Stratthaus stellt klar, dass „es nicht mehr Geld geben wird“. Es solle nur gerechter verteilt werden. 30, höchstens 40 Prozent der Beamten im Landesdienst könnten in den Genuss von finanziellen Anreizen für besondere Leistungen kommen.

25 Millionen Euro Kosten

Langfristig ist daran gedacht, höchstens acht Prozent des Gehaltes leistungsabhängig zu staffeln. Rund 25 Millionen Euro würden damit 2008 unabhängig vom bisherigen starren System der Besoldungsgruppen ausbezahlt.

Wenig Begeisterung weckt Stratthaus mit seinem Vorstoß bei der Lehrgewerkschaft GEW. Ihr Lan-

deschef Rainer Dahlem ist skeptisch: „Bei der letzten Dienstrechtsreform wurde erst allen etwas weggenommen. Doch Zuschläge hat das Land dann mit Hinweis auf seine leere Kasse nicht ausbezahlt.“ Dahlem fürchtet, dass sich jetzt „das alte Spiel wiederholt“.

Freudig erregt ist dagegen Kultus-

minister Helmut Rau (CDU). „Ich freue mich über jeden, der Leistung besser bezahlen will.“ Auch er verschwendet keinen Gedanken an die Finanzierung. „Da werden sich manche noch wundern, wenn sie weniger als bisher bekommen“, unkt ein Regierungsmann.

Als größtes strukturelles Problem

Erfolgreiches Modellprojekt

Schüler sollen mit Praxis lernen

In den Unterricht an Hauptschulen soll künftig mehr Praxis einfließen. Spezielle in einem Modellversuch erprobte Materialien sollen nach dem Willen von Kultusminister Helmut Rau (CDU) und Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt flächendeckend eingeführt werden. Das 2003 gestartete Modellprojekt „Schule und Betrieb“ habe bei den Acht- und Neuntklässlern zu Lernzuwächsen von durchschnittlich 40 Prozent geführt, sagte Rau am Mon-

tag in Stuttgart. Er sprach sich erneut gegen eine Abschaffung der Hauptschule aus. Hundt sagte, die Hauptschule liefere unverzichtbaren Fachkräfte-Nachwuchs.

Nach Darstellung von Rau sind für Mathematik und Deutsch neue Lernmaterialien entwickelt worden, da besonders in diesen Bereichen Unternehmen bei der Einstellung von Lehrlingen immer wieder Mängel festgestellt hatten. Nach einem Praxistest an 150 Hauptschulen hätten sich die Lernvorlagen bewährt. Sie seien nun allen Schulen zugänglich und könnten landesweit eingesetzt werden. Er kündigte an, Personal für die Lehrerfortbildung bereitzustellen. (lsw)

gilt die Besoldung der Lehrer an Grund- und Hauptschulen, die in der Gehaltsstufe in Pension gehen, in der sie einst eingestiegen sind. „Das lähmt“, sagt Stratthaus. CDU und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, zumindest Hauptschullehrern die Chance auf einen Aufstieg in eine höhere Besoldungsstufe zu ermöglichen. Allerdings sollen Berufsanfänger schlechter bezahlt werden als heute. GEW-Mann Dahlem fürchtet, dass „die Grundschullehrer die Zeche bezahlen müssen“.

Seit Jahren denkt Ministerpräsident Günther Oettinger über Reformen bei der Bezahlung der Staatsdiener nach. Immer wieder hat der

Mehr Geld für Städter

CDU-Regierungschef eine Staffelung der Gehälter abhängig von den teuren Großstädten und günstigen Dörfern angeregt. Der Bund, der bislang für die Besoldung der Beamten zuständig war, hat diese Forderung aus Stuttgart abgelehnt. Nach der Föderalismusreform kann das Land diese Differenzierung nun alleine regeln.